

Karsten Rudolph

Mehr Politik wagen

Dr. Karsten Rudolph, geb. 1962 in Witten, Studium der Geschichte, Germanistik und Sozialwissenschaft in Bochum, ist stellv. Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen und arbeitet als Hochschulassistent an der Ruhr-Universität Bochum.

Die Genossenschaften, die Arbeiterkulturbewegung, die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei gelten als die Wurzeln der Arbeiterbewegung in Deutschland. Ohne ihr beharrliches Engagement und ihr beherztes Auftreten hätte es in Deutschland keine nennenswerte Bewegung für die parlamentarische Demokratie, für mehr soziale Gerechtigkeit und für die Frei-

heit des einzelnen gegeben. Das liberale Bürgertum hat die soziale Frage hingegen überwiegend verkannt oder gar geleugnet, sah die demokratische Frage mit einem gestaffelten Wahlrecht unter Ausschluß der Frauen für erledigt an und hat unter der Freiheit des einzelnen im wesentlichen die Freiheit des Wirtschaftsbürgers verstanden.

Zukunft kommt von Herkunft

Vor fast genau 150 Jahren, als sich die krisenhaften Modernisierungskonflikte in Europa allorts zuspitzten, begann sich die Arbeiterbewegung in Deutschland zu regen. Spontane soziale Protestbewegungen im Zuge von zwei Wirtschaftskrisen kündigten größere soziale und politische Umbrüche an. Lediglich ein Teil der bürgerlichen Intelligenz reagierte auf die Zeichen der Zeit. Auf der Offenbacher Volksversammlung am 12. September 1847 proklamierte eine kleine Schar bürgerlicher Demokraten in einem Aktionsprogramm neben anderen Zielen die „Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital“. „Die Gesellschaft ist schuldig, die Arbeit zu heben und zu schützen“, hieß es weiter. Die Fürsten und ihr bürokratismilitärischer Apparat reagierten hingegen nicht auf die wachsende Unruhe in der Gesellschaft, bis die Bauern sich in weiten Teilen Deutschlands empörten und die Handwerker, Gesellen, Lehrlinge und „Arbeiter“ schließlich auf den Barrikaden standen, um ihre Rechte einzuklagen. Die Revolution von 1848/49 war jedoch nicht erfolgreich. Wenn sie erfolgreich verlaufen wäre, hätte Deutschland an der Seite Englands und Frankreichs eine fortschrittliche Entwicklung in die Industriegesellschaft nehmen können. So bedurfte es eines verlorenen Krieges und der Revolution von 1918/19, um den Kaiser und die Fürsten fortzujagen und an die Stelle des diskreditierten autoritären Regimes die erste deutsche Demokratie zu setzen. Sie überdauerte kaum ein Dutzend Jahre. Sie scheiterte - bei allen Fehlern und Unzulänglichkeiten - weder an den Freien Gewerkschaften noch an der Sozialdemokratischen Partei. Sie scheiterte an ihren Feinden aus der Industrie, der Ministerialbürokratie, dem Militär und der Großlandwirtschaft.

Erst in einem dritten großen Anlauf, der fünfzig Jahre zurückliegt, nachdem die Alliierten das nationalsozialistische Regime niedergedrückt hatten, gelang es, wiederum unter der maßgeblichen Beteiligung der SPD und der freien sowie christlichen Gewerkschaftsbewegung, wenigstens in einem Teil Deutschlands die Demokratie und den Sozialstaat zu fundieren.

Es ist wichtig, daß sich die Gewerkschaften und die SPD dieser drei großen Anläufe in ihrer Geschichte vergewissern, denn der Übergang ins 21. Jahrhundert ist nicht nur ein rein kalendarisches Ereignis. Er bildet zugleich eine Art Schallmauer zwischen der Industriegesellschaft und der Informationsgesellschaft, und es bedarf erneut eines großen Anlaufs, einer neuen historischen Anstrengung der Gewerkschaften und der SPD, damit demokratische Rechte, individuelle Freiheiten und soziale Gerechtigkeit nicht unter die Räder geraten, damit der Fortschritt nicht geteilt wird.

Politik heißt. Neues zu können

Die Philosophin Hannah Arendt hat einmal gemeint, daß Neues zu können und in Freiheit zu handeln, das Wesen der Politik sei. Angesichts der Globalisierung der Ökonomie sowie der staatlichen und kommunalen Handlungsschwäche wegen der leeren öffentlichen Kassen, angesichts der wachsenden Ungerechtigkeit im Sozialstaat und des allgemeinen Bedeutungsverlustes politischen Handelns in einer komplexen Gesellschaft ist uns ein solch emphatischer Begriff von Politik abhanden gekommen. Aber auch die Politik selbst hat dazu beigetragen, daß sie über weite Strecken zu einer Mixtur aus haltlosem Klein-Klein und großkotzigen Ankündigungen verkommen ist. Der Historiker Hans-Ulrich Wehler hat in einem anderen Zusammenhang darauf aufmerksam gemacht, daß der Stoff der Politik gewöhnlich daraus bestehe, „aus der Vergangenheit überkommene Probleme abzuarbeiten -modisch gesprochen: mit ihrer Erblast fertig zu werden.“ Äußerst selten gehe es darum, einen Zukunftsentwurf zu realisieren.

Zur Zeit wird die Politik nicht mit ihren Erblasten fertig, weil sie nichts Neues wirklich kann und sie bar jedes Zukunftsentwurfs heute die Versäumnisse produziert, die ihr morgen in Rechnung gestellt werden. Wie die Dinge liegen, wird sich der größte Teil der überkommenen Probleme aber nur durch praktische Arbeit entlang von Zukunftsentwürfen bewältigen lassen. Politische Altlasten abzutragen heißt heute, Neues zu können.

In allen Umwälzungen und Modernisierungskonflikten der letzten 150 Jahre hat die Arbeiterbewegung trotz aller Unwägbarkeiten und Risiken, trotz nur zu berechtigter Verlustängste unter ihren eigenen Anhängern und bei nicht geringen inneren Reibungen den Blick stets nach vorn gerichtet und ist für viele Menschen mit ganz unterschiedlichen persönlichen Erfahrungen ein Hoffnungsträger für eine bessere Zukunft gewesen. Darum geht es auch heute wieder: die Gegenwartsaufgaben mit Blick nach vorn beherzt anzufassen, Sicherheit zu vermitteln. Hoffnungsträger zu sein, um die Abenteuer der Veränderungen erfolgreich zu bestehen.

Die Partnerschaft zwischen SPD und Gewerkschaften neu begründen

SPD und Gewerkschaften pflegen nach wie vor ein sentimentales Verhältnis zueinander. In Festreden wird die „alte Leier der Erfolge“ (so der verstorbene DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer) gern gespielt, „die starke Gewerkschaft“ und „die alte stolze Partei“ besungen und abschließend der Schulterschuß beschworen. Wie der in der Rückschau bizarre Streit um die Arbeitszeitverkürzung mit mehr oder weniger Lohnausgleich zeigt, erschwert dies unnötig eine sachliche Auseinandersetzung darüber, wie eine erfolgsträchtige, post-kollektivistische Politik beschaffen sein muß, die eine gesellschaftliche Alternative zur neo-liberalistischen Dogmatik in Wirtschaft, Wissenschaft, Publizistik und Politik aufbaut.

Wer sich ein klein wenig in der Geschichte des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften auskennt, weiß, daß dieses niemals ohne Komplikationen war. Es zählt zu den Eigentümlichkeiten der gemeinsamen Geschichte, daß die Erfolge bei der Durchsetzung von mehr Demokratie und modernem Sozialstaat in der Bundesrepublik in eine Zeit fielen, in der sich Gewerkschaften und SPD systematisch auseinanderentwickelten. Nach 1945 wurden die Richtungs-gewerkschaften aus gutem Grund nicht wiederbelebt. An ihre Stelle trat die Einheitsgewerkschaft, die eben nicht einer Partei verpflichtet ist. Die SPD hat sich ihrerseits von der Partei der klassischen Industriearbeiter zur linken Volkspartei entwickelt. Beide, Gewerkschaften und SPD, haben an diesen Grundsatzentscheidungen auch deshalb festgehalten, weil sie sich überaus positiv auswirkten. Beide konnten so ihr jeweiliges „Integrationsfeld“ beträchtlich erweitern und doch nah beieinander im Zentrum der reformfähigen und gestaltungswilligen gesellschaftlichen Kräfte bleiben. Dies muß auch in Zukunft so sein: Die Gewerkschaften sind nicht der betriebliche Arm der SPD, und die SPD ist nicht der politische Arm der Gewerkschaften. Im gemeinsamen Interesse müssen sie vielmehr ihre Partnerschaft stets neu begründen.

Der Ehrevorsitzende der westfälischen Sozialdemokratie, Hermann Heinemann, hat einmal für die Medien, die seit Jahren danach recherchieren, worin die Ursachen für den dauerhaften und außergewöhnlichen Erfolg der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet liegen könnten, dieses Geheimnis gelüftet. In einem Interview erklärte er lakonisch: Es bestand und besteht in einer steten, glaubwürdigen und vertrauenerweckenden politischen Arbeit, die sich niemals über die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hinwegsetzt. Eine zentrale Basis für diesen Erfolg bestand im engen Zusammenwirken von Gewerkschaften und Partei, von Betriebsräten, Wohnstättengenossenschaften und Stadtverwaltungen in den industriellen Ballungszonen. Weniger institutionell ausgedrückt: Es bestand in der gemeinschaftlichen Leistung einer sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Aufbaugeneration, die als eine Art „Ersatzelite“ aus dem Schatten des „Dritten Reiches“ trat, und die Betriebsalltag und Wohnumfeld, Alltag und Politik im wahrsten Sinne des Wortes organisierte und somit ganz entscheidend zum Aufbau einer modernen, demokratischen und sozial orientierten Industriegesellschaft in der Bundesrepublik beitrug. Die Ergebnisse dieser Leistung sind zu besichtigen: im sozialen Wohnungsbau, in der Betriebsverfassung, bei der Mitbestimmung, einem sozial abgesicherten Strukturwandel, aber auch in der Bildungspolitik, in den Forschungen zur Humanisierung der Arbeitswelt oder in einer sozial orientierten Technologiefolgenabschätzung.

In vielen Städten und Gegenden des Ruhrgebiets pflegen die Hauptamtlichen in Partei und Gewerkschaften immer noch ein freundschaftliches Verhältnis und greifen einander sogar unter die Arme. Wenn dies in anderen Teilen Deutschlands nicht mehr der Fall ist, so ist dies kein Fortschritt, sondern ein Problem. Es gibt sie also noch, die „basisnahen Stellvertreter“, die

Gewerkschaftsfunktion und kommunales Mandat, Betriebsratstätigkeit und Parteiarbeit schultern. Aber sie sind immer seltener anzutreffen. Die Strukturen der Montanindustrie, die eine solche Verknüpfung ermöglichen, sind entweder im Strukturwandel weggebrochen oder so komplex, daß immer weniger so viel allein betreiben können. Aber auch das gemeinsame politische Programm: gerechte Verteilung des Produktivitätsfortschrittes und des allgemeinen Wachstums, mehr Demokratie und mehr Mitbestimmung brach früher größerer Begeisterung Bahn. Es macht deshalb keinen Sinn, sich in die Vergangenheit zurückzuziehen, die Gegenwart zu vernachlässigen und die Zukunft aufs Spiel zu setzen.

In dieser Situation, in der sich der Schulteranschlag nicht mehr gleichsam naturwüchsig herstellt und alte Sentimentalitäten den Blick nach vorn weniger beeinträchtigen, muß die jüngere Generation in SPD und Gewerkschaften mehr miteinander reden und Öfter gemeinsam handeln. Im Übergang zum 21. Jahrhundert muß die Partnerschaft von ihnen neu begründet werden. Wie kann dies gelingen? Die Antwort ist banal und erfordert doch eine konzentrierte Anstrengung. Es wird dringend ein Dialog benötigt, der nicht auf Vorstände und Gewerkschaftsräte beschränkt ist, der nicht allein vor Wahlkämpfen oder bei Betriebsstillegungen geführt oder mit dem die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) und die sozialdemokratischen Betriebsgruppen alleingelassen werden. Gebraucht wird natürlich die ständige Fühlung in den Schwerpunkten der laufenden Arbeit. Aber Organisation oben reicht nicht, benötigt wird ein Netzwerk aus Gesprächskreisen, Foren, Initiativen und einigen Talentschuppen für die jüngeren Aktiven in Parlament und Betrieb, Partei und Gewerkschaft, das zwischen „oben“ und „unten“ angesiedelt ist. Hier liegt eine strategische Aufgabe der Bezirke. Doch wovon soll dieses Netzwerk inhaltlich handeln? Die demokratische Linke in Deutschland hat in den vergangenen zwanzig Jahren manche Niederlagen in der Sozialpolitik, der Umweltpolitik, der Wirtschafts- und Finanzpolitik oder bei den Arbeitnehmerrechten einstecken müssen. Die Bundestagswahlen gingen seit 1983 nicht deshalb verloren, weil die SPD statt der einen Werbeagentur lieber die andere hätte nehmen sollen oder weil sie noch mehr Wahlkampfveranstaltungen hätte durchführen müssen (wobei es mancherorts keineswegs geschadet hätte). Die Wahlen gingen verloren, weil Ende der siebziger Jahre der Kampf um die Herzen und Köpfe der Menschen verloren wurde, weil die SPD ihnen die Misere am Arbeitsmarkt oder im Gesundheitswesen lieber noch einmal vorgehalten hat, statt kraftvoll und ausdauernd ihre Perspektiven aufzuzeigen. Manches Mal waren ihre Antworten - auch diejenigen, die von den Gewerkschaften übernommen wurden - zu glatt, zu einfach, um Vertrauen bei der Lösung komplexer Probleme zu wecken. Es tritt hinzu, daß es nicht wenige gibt, die sich in dieser Konstellation eingerichtet haben. Sie verlassen sich bei der Lenkung des Staatsschiffes auf die Konservativen und bei sozialen Nachbesserungen auf den Bordsteward, der noch das eine oder andere Häppchen aus der Kombüse holen, nicht aber den Reiseweg bestimmen kann. Die letzten Monate haben gezeigt,

daß eine solche Arbeitsteilung niemals wirklich funktioniert. Weder Bundes-ratsmehrheiten noch Kanzlerrunden taugen dazu.

Die großen Demonstrationen gegen das sogenannte Sparpaket der Bundesregierung, die Mobilisierung von über 200.000 Menschen, die ein „Band der Solidarität“ durch das Ruhrgebiet knüpften, aber auch der gemeinsame Kampf von Sozialdemokraten in Arbeitgeberfunktion und Gewerkschaften gegen die Lohnfortzahlung belegen andererseits: Immer mehr Menschen können gegen die unsoziale und Arbeitsplätze vernichtende Politik von CDU und FDP in Bewegung gebracht werden, selbst wenn sie nicht unmittelbar betroffen sind. Doch wer demonstriert mit uns für zukunftssichere Dienstleistungsarbeitsplätze? Können - und dies ist momentan die entscheidende Frage für die SPD und für die Gewerkschaften - die Menschen auch für positive Ziele motiviert werden? Wahrscheinlich schon. Es gibt dafür zwei elementare Voraussetzungen, über die man sich klar werden sollte und vier Reformfelder, auf denen man sich verständigen müßte.

Die moralische Erneuerung der Politik

Helmut Kohl ist vor 15 Jahren mit der Parole der geistig-moralischen Erneuerung angetreten. Doch die Zahl der Kriminalitätsoffer ist nicht gesunken, an den Schulen gibt es immer mehr Gewalt, die Wohlstandsverlierer gehen auf die Gewinner los, Deutsche und Ausländer leben nicht besser zusammen, die Wahlenthaltungen nehmen zu, im Arbeitsalltag spürt man keineswegs mehr Solidarität, Arbeitslose bekommen nicht mehr Unterstützung, Arme nicht mehr Hilfe zur Selbsthilfe. Es wird nach diesen 15 Jahren kein Mensch, der bei Verstand ist und seine Karriere nicht der Regierungskoalition verdankt, behaupten können, daß unser Land eine geistig-moralische Besserung durchgemacht hat. Zu erwarten wäre, daß die Wähler der CDU nie wieder für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Vertrauen schenken; daß sie ihr in Steuerfragen nie wieder Vertrauen schenken; daß sie nie wieder darauf vertrauen, daß die CDU unser Land aus der Krise führen kann und daß sie der CDU nie wieder die geistig-moralische Führung in Deutschland wirklich zutrauen.

Die deutsche Sozialdemokratie steht insofern einmal mehr in ihrer Geschichte in der schweren Aufgabe, eine tiefe Vertrauenskrise der Politik, an der sie selbst, aber auch die Gewerkschaften nicht unschuldig sind, zu überwinden. Dies kann auch jetzt wieder gelingen, wenn man verspricht, was man halten kann und wenn man tut, was man versprochen hat. Es kann gelingen, wenn gegen Verfehlungen in den eigenen Reihen härter und rechtzeitig vorgegangen und so verlorenes Vertrauen wiederhergestellt wird. Mehr Vertrauen in Politik herzustellen heißt darüber hinaus, daß sich Gerissenheit, Schönreden, Verantwortungsscheu und Beliebigkeit nicht auszahlen dürfen. Verlässlichkeit und Weitsicht, Lernfähigkeit, Ausdauer und Mut müssen sich als positive politische Leistungen genauso lohnen, wie die Mühen der kontroversen Diskussion, das Einlassen auf demokratische Entscheidungsver-

fahren, Lernfähigkeit und die gemeinschaftliche Anstrengung im politischen Handeln. Das müssen Bürgerinnen und Bürger erfahren, wenn sie mit der SPD in Berührung kommen. Mehr Vertrauen in sozialdemokratische Politik herzustellen heißt somit, lebendige Meinungsvielfalt durch demokratische Verfahren in konkreten Entscheidungen zu bündeln. Nur wenn dies gelingt, gewinnt sozialdemokratische Politik an Kraft und Durchsetzungsfähigkeit.

Mehr Vertrauen in die Sozialdemokratie herzustellen heißt auch, den Anhängern und Mitgliedern der Partei ihr Selbstvertrauen durch Besinnung auf sozialdemokratische Grundwerte zurückzugeben. Denn es kann eine bessere und mehrheitsfähige Alternative zur CDU-Politik geben. Und für die, die hinter solchen Ansichten eine unzulässige Moralisierung des politischen Geschäfts wittern: Wer mehr Unabhängigkeit von den Launen der Medien und den Momentaufnahmen der Meinungsforschung erstrebt, muß das Gewicht selbstbewußter Anhänger und motivierter Mitglieder in die politische Waagschale werfen können und Glaubwürdigkeit als Machtfaktor ernstnehmen.

Der stummen Revolution zur Sprache verhelfen

Die zweite Voraussetzung, die erfüllt sein muß, damit die Sozialdemokratie erfolgreich nach vorn gelangt, betrifft die Bewältigung der gewaltsamen Revolutionierung der Baskräfte der Gesellschaft.

Anders als im Zuge der industriellen Revolution hat sich bislang noch keine politische Bewegung formiert, die die tiefgreifenden Veränderungen verständlich darlegt, geschweige denn sie beschleunigt und wirklich gestaltet. Mal neigt die Politik dazu, ein neues romantisches Verhältnis zu neuen Technologien und Techniken zu entwickeln, weil sie in ihnen das Allheilmittel für Probleme sieht, die sie nicht lösen kann. Mal spielt sie Cassandra, mal lamentiert sie über die Dimensionen der „bioelektronischen“ Revolution, während Forschung und Wirtschaft sie vorantreiben. SPD und Gewerkschaften müssen sich darüber klar werden, daß Begriffe wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, aber auch Eigentum und Fortschritt durch die globale informationstechnische Revolution in sieben Jahren stärker unterspült werden, als es siebzig Jahre Kommunismus vermochten. Denn was bedeuten „Besitz“ und „Gerechtigkeit“ im Cyberspace? Wie lassen sich Solidarität und Individualität im Zeitalter sogleich abrufbaren Wissens, weltumspannender Kommunikation und höchster Komplexität herstellen, wenn die Werkbänke großindustrieller Betriebe und die Großraumbüros ihre Schlüsselfunktionen für die Gestaltung sozialer Realitäten und politischer Strategien eingebüßt haben? Wie läßt sich die Ökonomische Macht von Telekommunikationskonzernen und der Banken so begrenzen, daß sie nicht in unkontrollierte politische Macht umschlägt?

Die Informationsgesellschaft ist keine Gesellschaft ohne industrielle Fertigungsbasis. Doch wird diese schmaler sein, weil sie hochproduktiv ist. In einer

Situation, in der die Produktionsstrukturen, die Arbeitsbedingungen und die Kommunikationswege revolutioniert werden, dürfen SPD und Gewerkschaften nicht zum Bremskloß der Revolution werden und eine Arbeitsteilung zulassen, bei der sie die Entscheidung über die Richtung des Fortschritts und die Auswahl neuer Mittel anderen Kräften überlassen und sich in aussichtslosen sozialkulturellen Rückzugsgefechten verbrauchen.

Statt dessen haben sie sich der Herausforderung zu stellen, die neue Revolution zu erläutern und sie in die gewünschten Richtungen zu beschleunigen. Nur so kann das Abenteuer einer neuen Welle historischen Wandels gut bestanden und für Sicherheit in aufregenden und risikoträchtigen Zeiten gesorgt werden. Hier muß ein Netzwerk des Dialogs zwischen SPD und Gewerkschaften tätig werden, mit dessen Hilfe sich die Informationsgesellschaft gemeinsam projektieren läßt - ohne branchenegoistische, bürokratische und etatistische Denkblockaden. Darüber hinaus gibt es genügend Experten und Bürger, die auf ein ernsthaftes Mitgestaltungsangebot warten -sie sollten eingeladen werden. SPD und Gewerkschaften müssen gemeinsam die Dynamik und die Bindungskraft der Demokratie fördern. Nur eine vitale demokratische Gesellschaft kann sich der neuartigen ökologischen, ökonomischen, technischen und den sozialen Herausforderungen erfolgreich annehmen und die Freiheit des Individuums fördern. Sie aus den Fesseln der Selbstgefälligkeit, Lethargie, des Zynismus und Egoismus zu befreien, stellt eine große Aufgabe dar.

Vier Reformfelder

Im Übergang zur Informationsgesellschaft stellen sich die Fragen, die die sozialen Emanzipationsbewegungen an die Industriegesellschaft gestellt haben, neu. Sie bedürfen sorgfälliger Antworten. Aktuelle Forderungen sollten darauf hin überprüft werden, ob sie wirklich „zukunftssicher“ sind. Mit Walter Riester, dem 2. Vorsitzenden der IG Metall, ist zu fragen: Geht der Erhalt von Mitbestimmung und Betriebsverfassung nicht längst an der Wirklichkeit vorbei? Benötigen wir nicht längst neue Mitbestimmungskonzepte und eine moderne Betriebsverfassung? Oder eine andere konkrete Frage: Stellt sich das Problem systematischer Besteuerung von Wochenendarbeit in einer Arbeitsgesellschaft, in der die 32-Stunden-Woche zur Regel geworden ist, nicht doch? Und so ergeben sich eine ganze Reihe von Widersprüchlichkeiten, wenn die demokratische und soziale Frage an die Dienstleistungsgesellschaft gestellt werden. Auf vier Reformfeldern haben SPD und Gewerkschaften dabei konkreten Gesprächs- und Handlungsbedarf

Erstes Reformfeld: Konkrete Perspektiven für Beschäftigung, Ausbildung und Weiterbildung

SPD und Gewerkschaften sollten sich weiterhin im Bündnis mit allen verantwortungsbewußten gesellschaftlichen Kräften dafür engagieren, die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu halbieren und jedem Jugendlichen die Möglichkeit geben, eine Ausbildungsstelle seiner Wahl anzutreten.

Vollbeschäftigungspolitik kann dann erfolgreich sein, wenn sie eine Strategie für innovatives, qualitatives Wachstum und stabile Beschäftigung, insbesondere in neuen Technologiefeldern mit langfristigen Wachstumszyklen und zur Beschleunigung des Strukturwandels verfolgt, die

- in ein „europäisches Bündnis für Wachstum und Beschäftigung“ (Oskar Lafontaine) eingebettet wird,
- eine Umkehr zu einer verantwortlichen und vorausschauenden Personal- und Ausbildungspolitik betreibt,
- Arbeit gerecht verteilt, d.h. wenn Arbeitszeiten flexibilisiert und verkürzt werden,
- den Faktor Arbeit von Abgaben und Steuern entlastet, Beschäftigung und Qualifizierung öffentlich fördert, eine Mischung von Arbeits- und Sozialeinkommen organisiert - und wenn es ihr gelingt - die öffentlichen Haushalte mittelfristig zu sanieren.

Daß dies alles möglich ist, zeigen Beispiele im Ausland. Eine Vorbildfunktion können Sozialdemokraten und Gewerkschafter bei einem Beschäftigungspakt im Öffentlichen Dienst einnehmen. Bei der Förderung von Investitionen und Innovationen sind übrigens weder die Handlungsmöglichkeiten des Staates noch die Betriebsverfassung ausgeschöpft. Beide können verbessert werden.

Zweites Reformfeld: Die ökologische Modernisierung der Gesellschaft

SPD und Gewerkschaften sollten energisch auf den längst fälligen Durchbruch in der ökologischen Modernisierung der Informationsgesellschaft drängen. Diese Strukturreform wird mindestens soviel Kraft und Ausdauer erfordern wie die Durchsetzung der Neuen Ostpolitik in den sechziger und siebziger Jahren, zumal sie auf erhebliche interessenpolitische Widerstände stößt. So wie der „Moskauer Vertrag“ die Überwindung einer festgefahrenen Deutschland- und Ostpolitik markierte, so wird eine ökologische Steuerreform die Überwindung einer Politik markieren, die immer noch auf eine Auspressung der Produktionsfaktoren Arbeit und Umwelt abstellt. Eine aufkommensneutrale, langfristig voranschreitende Steuerverlagerung vom Faktor Arbeit zur Energie, zu Primärrohstoffen und zum Verkehr verlangt eine politische Richtungsentscheidung. SPD und Gewerkschaften waren außerordentlich erfolgreich darin, soziale Imperative in industriepolitische Entscheidungen zu integrieren, jetzt geht es darum, durch die ökologische Ausrichtung des Steuersystems, ein modernisiertes Ordnungsrecht, durch gezielte Investitionshilfen und -programme auch ökologische Imperative in wirtschaftliche Entscheidungsabläufe zu integrieren.

Insbesondere geht es um die Verminderung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und eine Revolutionierung der Energieproduktivität. Es ist beispielsweise nicht akzeptabel, daß der Anteil regenerativer Energieträger an

der Energieversorgung bei einer Fortsetzung der alten Politik von heute lediglich 2,3 Prozent auf nur 3,6 Prozent im Jahr 2021 steigen wird. Eine neue Reformpolitik muß alles daran setzen, daß dieser Anteil möglichst bald nach der Jahrhundertwende auf 10 Prozent steigt.

Drittes Reformfeld: Forschung und Bildung stärken

Eine alte Formel der Arbeiterbewegung, die sie vom liberalen Bürgertum übernommen hatte, lautete: „Durch Bildung zur Freiheit und durch diese zum Wohlstand.“ In den sechziger Jahren mag die Rolle der Bildungsreform für die Erneuerung der Gesellschaft und die gerechte Verteilung von Lebenschancen überschätzt worden sein. In einer Zeit, in der die Kräfte des Geistes über die rohe Macht der Dinge triumphieren, in einer Zeit, in der Wissen, Information und Kommunikation zur zentralen Ressource für die Wertschöpfung werden, gehören sie zurück an die Spitze der politischen Tagesordnung. Wissen bedeutet nicht nur Macht, es schafft auch Freiheit. Die staatliche Politik hat zuallererst die Aufgabe, die Freiheit der Wissenschaft zu garantieren, die Hochschulen für alle Studienberechtigten offenzuhalten und deren Grundausstattung zu verbessern.

Insbesondere der Bund ist in der Verpflichtung, Sorge zu tragen, daß der Absolutbetrag der Grundfinanzierung langfristig steigt. Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufgaben am Bruttosozialprodukt darf nicht noch weiter fallen; er muß möglichst bald über die 3-Prozent-Marke gehoben werden. Kriegsfähige Produkte sollen nicht gefördert werden. Der Schutz vor internationaler Industriespionage ist zu verbessern. Zukunftsfähige Arbeitsplätze sowie die technische und technologische Spitzenstellung Deutschlands sind nur zu sichern, wenn alle Kräfte für eine Technologiepolitik zusammengenommen werden, die den Weg in die Informationsgesellschaft ebnet. Es ist nicht nur kurzschlüssig, sondern auch gefährlich, davon zu reden, das produktivste Bündnis im nächsten Jahrhundert sei das Bündnis aus Wissenschaft und Wirtschaft. Ohne einen modernen Staat, ohne die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, ohne Kulturschaffende und Kulturwissenschaftler bleibt technischer Fortschritt blind und fragil, können unsere „nationalen Diamanten“ (Michael Porter) - das Wissen, Können und Engagement der Facharbeiter, Techniker und Ingenieure - nicht geschliffen werden. Eine komplexe, hochproduktive und moderne Dienstleistungsgesellschaft benötigt aufgeklärten Fortschritt und qualitatives Wachstum. Hierfür spielt die Wissenschaft eine entscheidende Rolle.

Viertes Reformfeld: Vom nationalen Sozialstaat zur europäischen Wohlfahrtsgesellschaft

Der Sozialstaat ist nicht nur wegen der Globalisierung der Ökonomie unter Druck. Er ist oftmals bürokratisiert, produziert Ungerechtigkeiten und bietet nicht immer die Leistung, die die Bürger erwarten dürfen. Ihn deswegen abschaffen zu wollen, ist freilich absurd; ihn als Vorstufe zur europäi-

schen Wohlfahrtsgesellschaft zu begreifen, ist richtig. Purer Kapitalismus kannibalisiert eine Gesellschaft.

Die reine Konservierung sozialstaatlicher Strukturen, deren Pfeiler auf der Industriegesellschaft der fünfziger oder siebziger Jahre beruhen, werden dramatisch an Substanz verlieren und keine Wohlfahrt schaffen können. Walter Riester hat völlig recht: Wenn über 50 Prozent der Renten unter 1.500 DM im Monat liegen, hat der Sozialstaat versagt. Hier brauchen wir mehr Raum für neue Ideen und weniger Sozialkonservatismus. Die sozialstaatlichen Leistungen lassen sich nur in Europa und mit der Europäischen Union sichern. Nur eine funktionierende gemischtwirtschaftliche Ordnung, ein vitaler Marktsektor und modernes wohlfahrtstaatliches Handeln können ungeteilten gesellschaftlichen Fortschritt garantieren.

Allianz für eine neue Reformpolitik

Seit 15 Jahren regiert in Bonn die konservativ-neoliberale Koalition. Die FDP sitzt seit 27 Jahren ohne Unterbrechung im Kabinett. Auch sieben Jahre nach der deutschen Einheit finden die Regierungsparteien immer noch keinen Weg zu einem Gründungskonsens in der neuen Bundesrepublik Deutschland, Sie haben kein Konzept und keine Kraft mehr, einen neuen sozialen Konsens zu erwirken, der neue Armut vermindert und den hart arbeitenden Mittelschichten einen angemessenen Anteil an einem dauerhaften Wohlstand sichert. Die Bundesrepublik Deutschland braucht nichts nötiger als eine neue Politik für Innovationen und Reformen. Die SPD und die Gewerkschaften sind im Begriff, eine neue Allianz für Innovationen und Reformen zu schmieden. Sozialdemokratisch geführte Regierungen waren dann erfolgreich - selbst bei hauchdünnen Mehrheiten -, wenn sie die aufstiegsorientierte Arbeitnehmerschaft, die aufgeklärten Mittelschichten und das linksliberale Bürgertum hinter positiven Reformzielen zu einen vermochten.

In den nächsten Wochen und Monaten geht es um die Erneuerung des mehrheitsbildenden politischen Bündnis von reformorientierten Arbeiter und Mittelschichten, das in der europäischen Tradition der sozialen Reform- und Demokratiebewegungen steht, die 1848 im europäischen Maßstab sichtbar wurden. Sie birgt die einzigartige Chance, ein neues Zentrum für die Reform unserer Gesellschaft im Übergang zum 21. Jahrhundert zu bilden. Die moralischen und politischen Energien der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften sollten darauf gerichtet bleiben, einer idealen Gesellschaft der Freien und Gleichen möglichst nahezukommen - indem die nächsten notwendigen Schritte in die moderne Dienstleistungsgesellschaft gegangen werden.